

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Politischen Aktionismus vor Wahlen werfen Oskar Lafontaine und Ottmar Schreiner MdB der Bundesregierung vor.

Seite 1

Zur Sicherung der Trinkwasserqualität in Europa beizutragen, verlangt Dr. Klaus Hänsch MdEP von der Bundesregierung.

Seite 2

Für eine ehrliche Debatte über das Zusammenwachsen in Europa plädiert Rudolf Müller MdB.

Seite 2

Zum 60. Geburtstag empfängt Dieter Haack den Glückwunsch von Hans Böhler MdB.

Seite 4

49. Jahrgang / 107

8. Juni 1994

Politischer Aktionismus vor Wahlen

Bonner Werbebroschüren schaffen keine Arbeitsplätze

Von Oskar Lafontaine

Stellvertretender Parteivorsitzender

Wirtschafts- und finanzpolitischer Sprecher der SPD und

Ottmar Schreiner MdB

Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Angesichts des Anstiegs der Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahr um 421.000 ist die heute von der Bundesregierung vorgestellte Werbeaktion für Teilzeitarbeit sehr dürtig.

Mit Werbebroschüren und Informationstelefonen allein kann die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland nicht wirksam bekämpft werden.

Der heute von der Regierungskoalition gezeigte Aktionismus vor Wahlen beweist, daß sie nicht in der Lage ist, sich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf ein Minimalprogramm zu einigen. Mit den von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhungen für Arbeitnehmer würde die Arbeitslosigkeit noch weiter steigen.

Die SPD warnt die Bundesregierung davor, das Problem der Massenarbeitslosigkeit zu verniedlichen. Von einem wirklichen Aufschwung kann nur geredet werden, wenn es einen Beschäftigungsaufschwung auf breiter Front gibt.

Notwendig ist eine wirksame Teilzeittoffensive mit einer Sonderprämie der Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitnehmer und Arbeitgeber, die durch Teilzeitarbeit Entlassungen vermeiden oder Neueinstellungen ermöglichen, sollten von der Nürnberger Bundesanstalt eine Sonderprämie erhalten. Die solide Finanzierung dieser Teilzeitprämie ist dadurch gesichert, daß Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Belastung der Bundesanstalt vermieden werden. Darüber hinaus muß Teilzeitbeschäftigten eine spätere Rückkehr auf Vollzeitarbeit erleichtert und eine bessere Absicherung bei der Rente gewährt werden.

(-/8. Juni 1994/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:

Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verpflichteter Umweltschutz
mit umweltfreundlichem
Recycling-Papier



Zur Sicherung der Trinkwasserqualität in Europa beitragen

Bonn muß umweltschützerisch Farbe bekennen

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP

**Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen
Parlament und Spitzenkandidat der SPD für die Europawahl**

Die Anpassung der Pestizid-Grenzwerte stehen im Rahmen der Richtlinie über Pflanzenschutzmittel am 8. und 9. Juni auf der Tagesordnung des EU-Umweltministerrates in Brüssel.

Die Bundesregierung muß dort endlich Farbe bekennen. Der deutsche Umweltminister sollte sich unmißverständlich der klaren dänischen Position anschließen und alle Vorschläge ablehnen, die zu einer Verschlechterung der Trinkwasserqualität führen können.

Der wirksame Schutz von Flüssen, Seen, Meeren und des Grund- und Trinkwassers gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Umweltpolitik. Die Bundesregierung muß aufhören, einer Verschlechterung der Trinkwasserqualität Vorschub zu leisten.

Die Europäische Union hat bisher hohe Standards für die Trinkwasserqualität vorgegeben. Das hat die Einleitung von Schadstoffen verhindert. Diese Umweltpolitik erfordert von den Mitgliedstaaten erhebliche Anstrengungen. Die Bundesregierung mußte sich in diesem Zusammenhang bereits vor dem Europäischen Gerichtshof wegen unzureichender Umsetzung der Trinkwasserrichtlinie verantworten.

Von der griechischen Ratspräsidentschaft wird nun ein erneuter Versuch unternommen, die strengen europäischen Anforderungen an den Gewässerschutz zu unterlaufen: Im Rahmen der Richtlinie für Pflanzenschutz sollen einheitliche Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln durch die Mitgliedstaaten festgelegt werden. Die dafür vorgeschlagenen zulässigen Grenzwerte für Pestizide im Grundwasser können jedoch zu einer Gefährdung der Trinkwasserqualität führen.

Bisher hat sich die Bundesregierung noch nicht klar zu den Vorschlägen geäußert. Während der Umweltminister sich gegen höhere Pestizidbelastungen auszusprechen scheint, signalisiert das Landwirtschaftsministerium Zustimmung.

(-/8. Juni 1994/rs/ks)

In Europa gesetzte Erwartungen nicht enttäuschen

Wir brauchen eine ehrliche Debatte über das Zusammenwachsen

Von Rudolf Müller MdB

**Stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Ausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

Es gilt in Deutschland als unanständig, wenn nicht gar als Europafeindlichkeit, über die Kosten zu reden, die uns die EU verursacht und das ins Verhältnis zu dem zu setzen, was wir dafür bekommen. Erst recht ist das so, wenn Europawahlen bevorstehen und Euphorie gefragt ist. Deshalb vorweg: Natürlich brauchen wir die europäische Einigung. Wir brauchen schnellere Fortschritte hin zu einer föderalistisch aufgebauten, demokratischen, politischen Union, die diesen Namen wirklich verdient. Aber wir brauchen ebenso sehr, wenn Europa auf einem soliden Fundament weitergebaut werden soll, eine ehrliche Debatte. Sonst könnte es eines Tages

wieder enttäuschte Erwartungen geben, die Europa mit Sicherheit mehr schaden würden als die Diskussion darüber, ob unsere Interessen in der Union auch angemessen vertreten und berücksichtigt werden.

Dabei geht es keineswegs nur um Geld. Allein die Tatsache, daß wir in Westeuropa nun schon 50 Jahre Frieden haben, ist in Geld gar nicht zu rechnen. Nur, so schreibt Rainer Barzel am 9. Mai 1994 im Bonner "General-Anzeiger" "Wir waren schon weiter ... Zu oft", so Barzel, "müssen wir deutsche Demokraten den Rückfall in den Ungeist des Mißtrauens erleben und den Aufstand des Gespenstes der Rivalität spüren. Nicht nur auf dem Balkan. Ja, selbst, wenn wir uns in Europa einbringen und einordnen; wenn wir uns militärisch bescheiden..." Barzel hat für jeden, der die Politik der Mitgliedstaaten vorurteilslos betrachtet, keineswegs unrecht. Natürlich gibt es für alles - meist historische - Erklärungen, wenn nicht sogar Entschuldigungen. Das macht das Problem sicher schwieriger, aber die Sache selbst nicht besser.

Es mag sogar sein, daß dieses Mißtrauen gegen Deutschland nur deshalb kultiviert wird, um unsere Zahlungsbereitschaft auf hohem Niveau zu halten. Das wäre allerdings nur ein zusätzlicher Grund, unsere Interessen sorgfältiger zu definieren und deutlicher zu vertreten. Wolfram Engels, Herausgeber der "Wirtschaftswoche", schätzt die Nettoszahllast Deutschlands auf eine Summe zwischen 35 und 40 Milliarden DM. Zu Recht weist er darauf hin, daß das Argument, dafür habe Deutschland in der EU doch einen riesigen Exportmarkt, nicht sticht. Natürlich müßte es auch in einem politisch vereinten Europa einen Finanzausgleich zugunsten schwächerer Regionen geben, aber das erforderte bessere Instrumente, als sie aufgrund der bisherigen Politik zur Verfügung stehen, in der die meisten Mitgliedsländer nur versuchten, ihre nationalen Gewinne aus der Gemeinschaft zu maximieren, ohne die Gemeinschaft als Ganzes vorzubringen.

Nicht nur Großbritannien mit einem Zahlungsrabatt ist dafür ein typisches Beispiel. Von den Millionenbetrügereien, die das bisherige System laufend ermöglicht, soll hier gar nicht die Rede sein. Für das Ziel einer politischen Union gleichberechtigter Völker haben die Deutschen bisher willig und ohne Murren gezahlt. Sie sind auch bereit, weiter dafür ihren Beitrag zu leisten. Wenn es aber um die Umsetzung der Gleichberechtigung geht, stehen bei manchen EU-Partnern noch immer Überlegungen im Vordergrund, die eher dem nationalstaatlichen Denken der Vergangenheit entsprechen als dem, was die Zukunft Europas fordert. Würden die Deutschen sich so verhalten, gäbe es sofort lautstarke Proteste unter Hinweis auf die Vergangenheit.

Um das zu vermeiden, zahlen wir lieber und vertreten oft selbst berechtigte Interessen nur halbherzig oder gar nicht. Das zeigt unter anderem das simple Beispiel, daß Deutsch noch immer nicht Amtssprache der Gemeinschaft ist. Bonn, so "Die Welt" vom 12. April 1994 in einem Beitrag mit der Überschrift "Die Europäische Union wird zur Transfermaschine", verfechte "nicht einmal dann hart die deutschen Interessen, wenn die EU-Kommission ... ihre Kompetenzen überzieht und Deutschland einen Schaden von 1,5 Milliarden verursacht" (Milchquotenregelung für Italien).

Es wird Zeit, daß die deutsche Politik beginnt, Folgerungen aus den bisherigen Erfahrungen zu ziehen. Vor allem auch deshalb, weil gerade viele junge Bürger nicht mehr bereit sind, das alles widerspruchlos hinzunehmen. In Versammlungen hört man das zunehmend häufiger. Das könnte bei vielen Bürgern rechte Tendenzen fördern und - was wir alle nicht wollen - rechten Parteien zusätzlichen Auftrieb geben. Die Alternative kann natürlich nicht heißen: Weg von Europa. Es wird jedoch Zeit, in diesem Europa die deutschen Interessen unbefangener und deutlicher zu vertreten, so wie das die anderen EU-Partner auch tun. Geschieht das nicht, könnte sich eines Tages in deutschen Köpfen der Eindruck festsetzen, der "Figaro" habe mit seinem Satz, "Maastricht sei der Versailler Vertrag ohne Krieg", Recht behalten.

(-/8. Juni 1994/rs/ks)

Die eigenen Überzeugungen mit Zivilcourage vertreten
Dem Deutschlandpolitiker Dieter Haack zum 60. Geburtstag (9.6.)

Von Hans Böhler MdB

Ein SPIEGEL-Artikel ("Allenfalls Erbsen") aus dem Jahre 1979 beginnt so: "Das Schlimmste an Dieter Haack sei, sagen SPD-Bundestagsabgeordnete, daß es nicht einmal der Opposition gelingt, sich mit ihm anzulegen - und das etwa nicht, weil es keine Meinungsverschiedenheiten gebe, sondern weil er immer rechtzeitig einlenke. 'Der hat keine politischen Grundsätze', kritisieren die Genossen, ... 'der kann allenfalls Erbsen zählen, aber strategisch denken könne er nicht.'"

Das ist harter Tobak - und nun 15 Jahre her. Dieter Haack war zu dieser Zeit nichts Geringeres als der Wohnungsbauminister unter Helmut Schmidt. Ich werde mich nicht dazu äußern, welche Leistungen oder welche Fehlentscheidungen mein langjähriger Freund als Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau - ich kann mir allerdings schwerlich vorstellen, daß er damals nur Erbsen in der Bonner Deichmannsau zählte - zu verzeichnen hat. Dazu verstehe ich zu wenig von dieser komplizierten Materie. Daß er aber keine politischen Grundsätze habe, wie der SPIEGEL unter Hinweis auf die Meinung von SPD-Abgeordneten schrieb, das empört mich noch heute und dazu möchte ich etwas sagen.

Es ist nämlich - zufälligerweise oder nicht - so, daß ich kaum einen Menschen kenne, einen Politiker zudem, der mit soviel Entschiedenheit, Konsequenz und Zivilcourage in einem wichtigen Bereich deutscher Politik über Jahrzehnte an seinen Überzeugungen festhielt wie es dieser gebürtige Schwabe tat, der später ein echter Franke wurde.

Ich meine seine Haltung in der Deutschlandpolitik, in einem Bereich, in dem ich selbst über ein Jahrzehnt Verantwortung trug. Für seine Konsequenz auf diesem diffizilen Terrain, nicht für seinen Wankelmut, hat er oft innerfraktionelle Prügel, und nicht nur die, bezogen. Das wird so leicht vergessen. Eine Außenseiterposition in der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion über längere Zeit zu halten, obwohl man erhebliche Schwierigkeiten bekommt, obwohl man nicht opportun und im angenehmen und gemachten Bett der Mehrheit liegt, war und ist keine leichte Sache. Die Fraktion verlor damals die Linie, Dieter Haack nicht. Er hielt auch dann an den wohlüberlegten Prinzipien der Deutschlandpolitik der 60er und 70er Jahre fest, als die Bahrschen und Gausschen der 80er Jahre Mode wurden.

Es wird ihn vielleicht nur wenig trösten, wenn er heute nachträglich recht bekommen hat, denn da waren ja die "... Entwicklungslinien, unter denen ich selbst schmerzlich gelitten habe", bekannte Dieter Haack erst unlängst auf der Wartburg in Eisenach. Das vergißt man so leicht nicht. Und das sind die Narben, die man ein Leben lang trägt, die gleichwohl erst die Persönlichkeit formen.

Keine Frage, Dieter Haack war, so still und leidenschaftslos er oft wirkte, ein glühender Verfechter der 1969 von Willy Brandt eingeleiteten Ost- und Deutschlandpolitik. Wenn er schlachter Laune war, dann sagte er einfach, daß diese Politik schlichtweg "notwendig und richtig" gewesen war, denn sie habe die Realität zweier deutschen Staaten anerkannt, um die Folgen der Teilung mildern zu können. Ihre eigentliche Absicht aber war es immer gewesen, und nun kommt der entscheidende Satz, den Dieter Haack wohl tausend Mal vorgetragen und kaum va-

riert hat, "das Recht des deutschen Volkes zu sichern, seine Einheit in freier Selbstbestimmung wiederzuerlangen."

In seiner ersten großen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 10. Mai 1972 - die auch heute noch nachlesenswert ist - brachte er die deutsche Frage in den größeren Zusammenhang der Ostverträge, vor allem zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen: "Entscheidend aber ist", so Dieter Haack, "daß ein reiner Gewaltsverzichtungsvertrag keine Voraussetzung für eine Normalisierung unserer Beziehungen zur Volksrepublik Polen sein kann." Und dann forderte er "eine klare, unmißverständliche und glaubwürdige Aussage und Feststellung der Bundesrepublik Deutschland zur Oder-Neiße-Grenze", was damals alles andere als eine Selbstverständlichkeit war.

Für diesen jungen Abgeordneten, der bereits über das Augenmaß eines historisch denkenden Menschen verfügte, wurde die deutsche Frage, "die in Wirklichkeit eine Frage des Zusammenlebens der Deutschen ohne Einengung auf eine bestimmte staatsrechtliche Form ist, ... damit endgültig vom Odium angeblich angestrebter Gebiets- oder Grenzänderungsansprüche befreit."

Das war klug. Aber wie war es möglich, daß ein junger Mann bereits in diesem frühen Stadium seiner persönlichen Entwicklung und im frühen Stadium der Entspannungspolitik so treffsicher das Richtige tat?

Wie kam er zu einer solchen felsenfesten Überzeugung? Nun, 1963, noch keine 30 Jahre alt, wurde er als frischgebackener Jurist nach Bonn in das von Rainer Barzel geleitete Gesamtdeutsche Ministerium gerufen, in dem er dann während der Großen Koalition unter Herbert Wehner zum Regierungsdirektor und Referenten im Ministerbüro aufstieg. Das prägte.

Zum unverrückbaren Prinzip des Festhaltens am Ziel der deutschen Einheit gehörte für Dieter Haack bald aber der feste Wille, das totalitäre Unrechtssystem der DDR beim Namen zu nennen.

Diese unerschrockene Offenheit wurde jedoch nicht sehr honoriert. Bereits Ende der siebziger Jahre distanzieren sich einflußreiche Kreise der Medien, der Wissenschaft, der Parteien - auch der SPD - ebenso wie der Evangelischen Kirche von ihm, wie es Dieter Haack (übrigens sinnfälligerweise der letzte Bundesvorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland) vor zwei Jahren auf der Wartburg in einem - leider zu wenig beachteten - Referat über die Essentials der Deutschlandpolitik der letzten 25 Jahre anschaulich schilderte.

In den 80er Jahren schließlich ging es den Mehrheiten in den Parteien nicht mehr um Frieden und Freiheit, sondern nur noch um den Frieden, dem alle anderen Ziele untergeordnet wurden. Das SED-Regime wurde gar zum "Friedenspartner" erhoben. Hierdurch, sagt Haack, ist das öffentliche Bewußtsein vom Unrechtscharakter des Regimes allmählich geschwunden. Freiheit und Selbstbestimmung des deutschen Volkes wurden als zweitrangig, die Führer der DDR als "Friedenspolitiker" bezeichnet, obwohl sie "Feinde der Freiheit" waren.

"Wer vor zehn Jahren im Westen das SED-Regime, nicht zuletzt wegen der Todesschüsse an der Mauer und am Stacheldraht als kriminell bezeichnete, galt als kalter Krieger." Das wollte er nie verstehen und öffentlich akzeptieren schon gar nicht.

Für Dieter Haack, wenn ich das richtig sehe, verlor die Deutschlandpolitik nach und nach an moralischer Substanz. Verantwortungsvoller Pragmatismus verkam zu wertfreiem Handeln. Schlußpunkt der Distanzierung vom Ziel der deutschen Einheit wurde für Dieter Haack der Entwurf des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms vom März 1989. In ihm wurden der deutschen Frage noch "sechs Sätze gewidmet, die allesamt Leerformeln enthielten," bemerkt Dieter Haack bitter.

Wenn er heute darüber spricht, dann nicht um frühere Auseinandersetzungen neu zu beleben, sondern um die Vergeßlichen und Selbstgerechten in Westdeutschland daran zu erinnern, daß auch sie über Fehleinschätzungen und törichte Reden vor 1989 nachdenken müssen. Untrüglich sind für ihn manche zuletzt gemachten Äußerungen westlicher Politiker, die verdrängt haben, was sie vor 1990 gesagt haben, und die so tun, als ob sie den Zusammenbruch der DDR herbeigeführt hätten. "So viel intellektuelle Unredlichkeit erschwert das Aufarbeiten der Vergangenheit, die nicht den Menschen in der früheren DDR allein aufgebürdet werden darf." Da kann ich ihm nur uneingeschränkt Recht geben.

Dieter Haack war für 21 lange Jahre der Abgeordnete des Wahlkreises 228 in Erlangen. Bei seinem Abschied von der parlamentarischen Bühne habe ich öfters an ein Wort gedacht, das Dieter Haack selbst bei einer Buchbesprechung über Hans Apels "Der Abstieg" so formulierte:

"Es kann doch wohl etwas an unserem Parteiensystem nicht stimmen, wenn ein hochqualifizierter Politiker wie Hans Apel mit 58 Jahren von der Politik Abschied nehmen muß, nur weil er seinen Überzeugungen treu geblieben ist."

Es kann doch wohl etwas in unserer Partei nicht stimmen, sage ich, wenn ein hochqualifizierter Mann wie Dieter Haack von seinen eigenen Leuten oft bis zur Verzweiflung getrieben wurde. Andere werden an die schlimmsten Auseinandersetzungen in seinem eigenen UB erinnern. Ich sage nur: Er hat eben noch konsequenter und klarer manche wichtigen politischen Positionen vertreten als andere - und dafür manchmal Prügel bezogen. Er konnte konsequent bis zum Scheitern sein, kein starrer Konservativer, sondern ein Politiker mit Augenmaß, Wert- und Zielvorstellungen. So gab er anderen in schwierigen Zeiten Orientierung, als sie längst die Orientierung verloren.

Ich kann mich ernsthaft eigentlich nur an eine Begebenheit erinnern, wo er einmal wirklich die Orientierung verloren hat. Das war bezeichnenderweise beim U-Bahn-Fahren in der "Großstadt" Bonn. Als wir, wie so oft, vom Abendessen aus der Bonner Innenstadt zurück zur Heussallee ins Regierungsviertel wollten, da haben wir das rechtsrheinische Ramersdorf wohl mit dem Ramersdorf in München verwechselt. Vielleicht hatten wir auch ein Bier zuviel. Es wurde eine lange und lustige Fahrt und zeigte den Menschen Dieter Haack mit viel Humor und Spitzbübigkeit, wie ihn seine Freunde kennen.

Mit Dieter Haack verbindet mich nicht nur eine lange Freundschaft. Ich verdanke ihm viel und wünsche ihm von Herzen eine produktive Zeit in seinem dritten Lebensabschnitt und uns allen noch oft die Gelegenheit zu dem, was ihn für viele zum Vorbild macht, was er oft infrage stellt und doch selbst praktiziert: "Gemeinsam müssen wir uns fragen, warum wir als Deutsche so wenig Zivilcourage haben - in einem freiheitlichen System ebenso wie in der Unfreiheit." (Dieter Haack, zitiert nach der "Zeit" vom 27.3.92)

(-/8. Juni 1994/rs/ks)